

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (22)



20. September 2024

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Das wichtigste Thema der Kreistagssitzung am 18. September 2024 behandelte das Gesundheitszentrum Wetterau (GZW). Der Wetteraukreis wird die Anteile der Stadt Bad Nauheim am GZW übernehmen. 91,51 Prozent des GZW gehört dann dem Kreis. Die restlichen Anteile tragen die Stadt Gedern und die vitos GmbH.

Was bedeutet das für den Erhalt der Gesundheitsversorgung in der Wetterau? Und ist der Betrieb des GZW als öffentliche Einrichtung durch die Übernahme langfristig gesichert?

Aber es geht nicht allein um die Beteiligungsquote des Kreises. Es geht auch um Grundstücke, Absicherung von Darlehen, die Übernahme von Investitionskosten am Hochwaldkrankenhaus und die zukünftige Abdeckung der jährlichen Defizite.

Kann sich das der Wetteraukreis auf Dauer leisten?

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Gesellschaftsrechtliche Änderungen bezüglich der Beteiligung des Wetteraukreises am Gesundheitszentrum Wetterau und daraus folgende Vereinbarungen
2. FDP-Antrag zum Startchancen-Programm
3. Antrag der Grünen: Modernisierung der Radabstellplätze vor Liegenschaften des Wetteraukreises
4. AfD-Antrag: Gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber

RÜCKLICHT

Frieden! Waffenstillstand jetzt! Stopp der Waffenlieferungen! Keine atomaren Mittelstreckenraketen! Verhandeln statt aufrüsten!

Ob es gelingt, die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich zu beseitigen, Gesundheitsfürsorge und Bildung für alle zugänglich zu halten und wirksam gegen den Klimawandel anzugehen, hängt davon ab, welcher Stellenwert der Friedenspolitik eingeräumt wird. Mit Krieg und Hochrüstung kann kein einziges Problem gelöst werden. Im Gegenteil! Das Geld, das für Militär und Hochrüstung ausgegeben wird, fehlt in den öffentlichen Haushalten. Derzeit gibt Deutschland bereits 90 Milliarden für Militär aus. Größere Summen sind geplant. Die negativen Folgen für die Mehrheit der Menschen zeigen sich, wenn in den Bundes- und Landeshaushalten bei der Infrastruktur, der Gesundheitsversorgung, der Bildung und bei den sozialen Aufgaben drastisch gekürzt wird. Wer zukünftig soziale Errungenschaften verteidigen und vielleicht sogar ausbauen will, muss in der Friedensfrage einen Standpunkt einnehmen!

Kriegs- Drehscheibe Deutschland

Deutschland wird „kriegstüchtig“ gemacht.
Wie und wofür, darüber berichtet
Jürgen Wagner

von der Informationsstelle
Militarisierung (IMI)

25. September 2024
19.30 Uhr, Roter Laden
Usagasse 26
Friedberg



Wetterauer
Aktion
Frieden



ROSA
LUXEMBURG
CLUB WETTERAU

Foto: Siegfried Müller, 11.12.2023, Foto: Sebastian, 11.12.2023



Bundesweite Friedensdemonstration

3. Oktober 2024
Berlin

Nein zu Krieg
und Hochrüstung!
Ja zu Frieden
und internationaler
Solidarität!

Es ist kurz vor 12 –
Widerstand und Protest jetzt –
Es liegt an uns!

Kommt massenhaft!

Sternmarsch

Treffpunkte:
Breitscheidplatz/Gedächtniskirche
Rathenower Str./Ecke Alt Moabit
Gleisdreieck/Schöneberger Ufer
ab 12.30

Schlusskundgebung
Großer Stern (Siegessäule)
14.30

weitere Informationen:
Demonstrationsbüro 3.10.2024
c/o IALANA
Marienstr. 19/20
www.nie-wieder-krieg.org



Initiative Nie wieder Krieg –
Die Waffen nieder!
Kontakt:
www.nie-wieder-krieg.org

Oben links: Einladung zum Informationsabend am 25. September 2024. Wer sich über die „Zeitenwende“ der Bundesregierung sachkundig machen möchte, findet mit Jürgen Wagner einen kompetenten Referenten und Diskussionspartner.

Fotos oben: DIE LINKE. Wetterau beteiligte sich an den Aktionen zum Antikriegstag am 1. September in Frankfurt.

Unten links: Zur zentralen Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin gibt es noch Mitfahrgelegenheiten:

<https://frieden-und-zukunft.de/anmeldung-bahnticket-berlin/>

Gesellschaftsrechtliche Änderungen bezüglich der Beteiligung des Wetteraukreises am Gesundheitszentrum Wetterau und daraus folgende Vereinbarungen

Der Kreistag hat am 18. September 2024 eine folgenschwere Entscheidung getroffen:

Der Wetteraukreis kauft rückwirkend zum 1. 1. 2024 die Anteile der Stadt Bad Nauheim am Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) für eine Million Euro. Bad Nauheim sieht sich nicht mehr in der Lage, genug finanzielle Mittel für das GZW aufzubringen.

Damit hält der Kreis 91,51 Prozent des GZW. Die Stadt Gedern hat noch einen Anteil von 9,21 Prozent und die vitos GmbH hält 0,89 Prozent der Anteile.

Mit dieser Übernahme gehen noch weitere Vereinbarungen einher:

- Der Wetteraukreis gewährt dem GZW eine Bürgschaft in Höhe von 1,75 Millionen Euro zur Absicherung eines Kontokorrentkredits. *(Ein Kontokorrentkredit kann den finanziellen Spielraum kurzfristig erweitern. Damit erhalten Kontoinhaber:innen die Möglichkeit, ihr Konto bis zu einem vereinbarten Betrag zu überziehen.)*
- Der Stadt Bad Nauheim gewährt der Kreis eine Bürgschaft, um ein Darlehen in Höhe von 4,1 Millionen Euro abzusichern.
- Der Kreis kauft der Bad Nauheimer Wohnungsbaugesellschaft ein Grundstück im Schützenrain ab. Kaufpreis: 4,2 Millionen Euro.
- Größter finanzieller Brocken für den Wetteraukreis sind 30 Millionen Euro, die dem GZW als zweckgebundene Zuwendung zur Verfügung gestellt werden sollen. Für die Fertigstellung der Baumaßnahme am Hochwaldkrankenhaus fehlt noch dieser Betrag.

Das GZW ist ein kleiner Gesundheitskonzern.

Dazu gehören das Hochwaldkrankenhaus und die Diabetes-Klinik in Bad Nauheim, das Bürgerhospital und die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Friedberg, psychiatrische Tageskliniken in Bad Salzhausen und in Bad Vilbel, ein medizinisches Versorgungszentrum in Gedern und das Kreiskrankenhaus in Schotten.

Es gibt noch einige Beteiligungen und Tochterunternehmen, wie die Gourmet-Werkstatt oder das Ausbildungszentrum Theodora-Konitzki-Akademie.

Im Vergleich mit den großen Gesundheitskonzernen ist das GZW klein.

Der Wetteraukreis ist Krankenhausträger.

Das heißt: Der Wetteraukreis ist öffentlicher Träger und damit zuständig für Betrieb und Bewirtschaftung des GZW. Schon vorher war der Kreis für den Rettungsdienst sowie für den Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung (Gesundheitsamt) zuständig.

Für einen Landkreis ist das sehr ambitioniert.

Denn eigentlich sind die Bundesländer nicht nur weiterhin für die Krankenhausplanung verantwortlich, sondern auch für die stationäre Versorgung und den öffentlichen Gesundheitsdienst. Es ist gesetzlich geregelt, dass Investitionskosten, wie zum Beispiel Neubauten oder neue Geräte und auch Betriebskosten durch die Bundesländer finanziert werden.

Wo also ein Krankenhaus gebaut, erweitert oder geschlossen wird, entscheidet demnach das

Land Hessen und finanziert diese Investitionsmaßnahmen. Auch für die Sicherstellung einer flächendeckenden stationären Versorgung sind die Länder zuständig. Wenn Krankenhaus-schließungen oder Krankenhausinsolvenzen zu Lücken in der stationären Versorgung führen, ist es also Aufgabe der Länder, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Trotz dieser gesetzlichen Verpflichtung, gehen die Investitionen der Bundesländer in die Krankenhausfinanzierung seit Jahren zurück. So sank die Investitionsquote der Länder von 25 Prozent im Jahr 1972 auf nur noch etwa 3 Prozent im Jahr 2021.

Auch der Bund kommt seinen Aufgaben nicht ausreichend nach. Eigentlich gibt es ein Krankenhausfinanzierungsgesetz und das fordert die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser ein, um die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen. Das aber ist immer weniger der Fall.

Das ist auch der Grund, warum DIE LINKE. Kreistagsfraktion in der vergangenen Kreistagssitzung beantragt hatte, dass sich der Wetteraukreis bzw. das GZW an der Klage des Kreiskrankenhauses Groß-Gerau beteiligen sollte, was leider nicht mehrheitlich angenommen wurde.

(Vergleiche: Aktuelle Post aus dem Kreistag Nr. 21:

<https://die-linke-wetterau.de/wp-content/uploads/2024/05/21-Aktuelle-Post-small.pdf>)

Die Kreisklinik Groß-Gerau und zahlreiche unterstützende Kliniken wollen den Bund zur Einhaltung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes drängen.

Wir Linke sehen es als wichtigste Aufgabe an, die Gesundheitsversorgung nicht privaten Gesundheitskonzernen oder Trägern zu überlassen. Wohin das führt, wurde den Wetterauer:innen mit der Schließung des Mathildenhospitals in Büdingen eindringlich vor Augen geführt. Das Hauptziel privater Träger ist die Gewinnerwirtschaftung. Und wenn der Profit nicht stimmt, wird die Einrichtung einfach geschlossen.

Dies war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

wir Linke sehen die Übernahme der Nauheimer GZW-Anteile mit gemischten Gefühlen.

Zunächst ist es positiv, dass der Wetteraukreis große Anstrengungen auf sich nimmt, das GZW zu unterstützen und damit zu sichern. Auch das GZW leidet unter der Unterfinanzierung durch Bund und Land und unter der Gesundheitspolitik der Bundesregierung.

Wenn heute 80 Prozent der Kliniken unterfinanziert sind und fast 70 Prozent der Krankenhäuser ihre Existenz gefährdet sehen, ist diese Übernahme des Wetteraukreises ein mutiger und bedeutender Schritt!

Auf der anderen Seite kostet das den Wetteraukreis sehr viel Geld.

Auch das GZW gehört zu den unterfinanzierten Gesundheitseinrichtungen. Jetzt ist der Wetteraukreis alleiniger Krankenhausträger. Das heißt, er muss sich um die fehlenden 30 Millionen Baufinanzierung und auch um zukünftige Defizite kümmern.

Das ist angesichts der Finanzlage ein ziemlich herausforderndes Unterfangen.

*Meine Damen und Herren,
bis jetzt sehen wir in der Übernahme durch den Wetteraukreis eine Stabilisierung und Absicherung für das GZW. Dass es im Wetteraukreis weiterhin eine leistungsfähige gemeinwohlorientierte Gesundheitseinrichtung geben soll – das wäre natürlich gut.*

Wir sehen aber auch die Gefahren, wenn in Zukunft weiterhin weder die kommunalen Haushalte noch die Gesundheitseinrichtungen von Bund und Land ausfinanziert werden.

*Der Wetteraukreis ist kaum in der Lage, dauerhaft Millionenbeträge locker zu machen.
Und was passiert dann?*

Bundesweit werden Privatisierungen und eine private ärztliche Versorgung angestrebt.

Es ist eine grundsätzliche Zukunftsfrage, wie sich unser Kreis, unsere Region, gegen ein exklusives Gesundheitssystem wehren kann.

*Meine Damen und Herren,
wir werden heute der Vorlage des Kreisausschusses zustimmen.*

FDP-Antrag zum „Startchancenprogramm“:

Die FDP begrüßt das „Startchancenprogramm“ der Bundes- und Landesregierung.

Was ist das?

Das Startchancenprogramm wird als zentrales bildungspolitisches Reformvorhaben der Regierungskoalition des Bundes gepriesen. Ab dem Schuljahr 2024/25 sollen etwa 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozioökonomisch benachteiligter Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert werden.

Die Bundesregierung plant eine zehnjährige Finanzierung mit jährlich bis zu einer Milliarde Euro und erwartet eine Beteiligung der Länder in gleicher Höhe. 40 Prozent der Mittel sollen für Schulbauinvestitionen verwendet werden. 30 Prozent der Mittel sind für ein „Chancenbudget“ und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen vorgesehen. Etwa einer Million Schülerinnen und Schüler – das sind rund 10 Prozent aller Schüler:innen – soll das Programm zugute kommen, das sich auf Grundschulen konzentrieren soll.

Für Hessen wird es etwa 75.000 Schülerinnen und Schüler betreffen, davon 45.000 in den Grundschulen. Es bedeutet jährlich etwa 80 Millionen Euro zusätzliche Bundesmittel, die durch das Land verdoppelt werden müssen. Verlangt wird für die Auswahl der förderfähigen Schulen ein schulbezogener Sozialindex, der die Benachteiligungsdimensionen Armut und Migration berücksichtigt. Bisher gibt es in Hessen kaum Sozialindices und wenn, sind sie kommunal bezogen. Sie soziale Situation der Schülerinnen und Schüler ist nicht ausreichend erfasst.

Die anderen Kreistagsparteien lobten dieses „Startchancenprogramm“ als eine Maßnahme zur Herstellung gerechter Bildungschancen.

In der knappen Redezeit kann man ja wenig ausführen. Wir haben das gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

NEIN, das Startchancenprogramm ist kein Beitrag zur Herstellung gerechter Bildungschancen! Es ist eine Notspritze, die dringend geworden ist, weil die Schulen mit den sozialen Verwerfungen nicht mehr zurecht kommen. Aber noch nicht mal das ist es wirklich: Nur 4000 Schulen werden gefördert, 10 Prozent aller Schulen bundesweit und das nur für zehn Jahre. Von den Geldmitteln sind dann auch noch 40 Prozent für Investitionen. Für Förderung sind nur 30 Prozent vorgesehen. Das Positivste ist, dass Hessen 80 Millionen vom Bund bekommt, wenn es selbst 80 Millionen drauflegt. Das ist natürlich nicht schlecht!

Und natürlich ist es positiv, wenn mehr Geld für die frühe Förderung an den Grundschulen locker gemacht wird. Aber nötig wäre auch die berufsadäquate Ausstattung von Berufsschulen mit IT und Maschinen - so dass dort abgehängte Jugendliche und solche mit Migrationshintergrund noch eine Chance hätten. Nötig wäre die Förderung von Sprachkompetenz, Deutschkursen, Naturwissenschaften, ausbildungsbegleitendem Unterricht, Schulabschlüssen, usw. Und nötig wäre auch, dass sich dafür interessiert wird, wo soziale Brennpunkte überhaupt sind an den Wetterauer Schulen.

Die Benachteiligung bildungsferner Schüler:innen lässt sich mit diesem Programm nicht abbauen. Dazu müssten nicht zuletzt Kinderarmut und Armut überhaupt angegangen werden!

Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

Antrag der Grünen: Modernisierung der Radabstellplätze an den Liegenschaften des Wetteraukreises

Zweifellos sind die Radabstellplätze am Kreishaus ziemlich veraltet und es sind auch zu wenige. Wir haben deshalb auch den grünen Antrag begrüßt: Für eine Modernisierung soll ein Konzept erarbeitet werden.

Zugestimmt hatten wir aber letztlich einem Änderungsantrag der Koalition aus SPD und CDU. Die haben einfach den Kreisausschuss beauftragt, zeitgemäße Fahrradständer aufzustellen. So weit so gut. Dazu hätte man eigentlich nichts mehr sagen müssen. Doch dann gab es noch einen Änderungsantrag der FDP. Und die wollte, dass in den grünen Antrag eingefügt wird: „Hierzu bedient sich der Kreisausschuss eines privaten Investors, der die Planungen übernimmt, die Bauausführung durchführt und die Nutzung organisiert.“

Dazu haben wir dann doch noch was gesagt:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
dass es ausreichend sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder bei den Liegenschaften des Wetteraukreises gibt, unterstützen wir selbstverständlich. Und wenn solche Abstellplätze gebaut werden, sollte es auch Auflademöglichkeiten für Elektrofahrräder geben.
Dass hier Nachholbedarf besteht, sehen wir auch so.
Was wir aber gar nicht so sehen ist, dass Fahrradabstellplätze für die Radlerinnen und Radler Geld kosten sollen.
Denn genau das würde passieren, wenn der Änderungsantrag der FDP angenommen würde.*

*Ein Investor und privater Betreiber mag der FDP-Weltsicht entsprechen. Aber jeder Mensch weiß, dass die Privaten natürlich Gewinn machen wollen. Das lehnen wir ab!
Fahrradverkehr wird dadurch nicht gefördert, sondern eher behindert!*

AfD-Antrag: Gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber

Von den AfD-Anträgen wollen wir einen herausgreifen und darüber berichten. Weil derzeit aus allen Rohren gegen Asylbewerber und illegale Einwanderer gehetzt wird, haben wir uns zu diesem Antrag zu Wort gemeldet.

Die AfD fordert, dass Asylbewerber in den Kommunen zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. Sie verweisen auf das Asylbewerberleistungsgesetz, dass gemeinnützige Arbeit erlaubt. Durch so eine Verpflichtung wollen sie die „ungebremste Migration“ unattraktiv machen.

Wir haben dazu diese Rede gehalten:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

wieder ein Antrag der AfD, der Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten macht.

Es wird unterstellt, dass die meisten Einwanderer illegal ins Land kommen, sowieso nur auf der faulen Haut liegen und jetzt endlich mal was tun sollen für „unser Geld“.

Ja, meine Damen und Herren, gemeinnützige Arbeit ist im Gesetz vorgesehen. Doch was im AfD-Antrag natürlich nicht steht: Diese Arbeit soll für 80 Cent in der Stunde ausgeführt werden.

Und natürlich ist das dann auch Arbeit, die eine reelle Beschäftigung mit einem Mindestlohn ersetzt. Immer! Sonst müsste man diese Arbeit ja nicht machen!

Also: Sollte keine Hetze beabsichtigt sein, ginge es zuerst mal um die Integration der Menschen in eine ordentlich bezahlte Arbeit. Und dafür braucht es dann zuallererst eine Arbeitserlaubnis.

Dafür ist die AfD jedoch nicht!

Hauptsache aber man hat einen Sündenbock!

Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab!

AfD und Heimat (ehemals NPD) haben dem Antrag zugestimmt.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber